

Zeitstrahl:

Wichtige politische Ereignisse in Sachsen und im Deutschen Reich 1932 bis 1945

- 13.8.1932 ■ Reichspräsident von Hindenburg verweigert Hitler die Kanzlerschaft, obwohl die NDSAP nach der Reichstagswahl am 31.7.1932 die mit Abstand stärkste Partei geworden war.
- 7.11.1932 ■ Wahl zum 7. Deutschen Reichstag. Die NSDAP verliert beträchtlich an Stimmen, bleibt aber stärkste Partei.
- 13.11.1932 ■ Kommunalwahlen in Sachsen.
- 17.11.1932 ■ Kabinett von Papen tritt zurück, bleibt aber geschäftsführend im Amt.
- 19.11.1932 ■ „Industrielleneingabe“ – 19 Vertreter aus Industrie, Bankwesen, Landwirtschaft bitten von Hindenburg, Hitler zum Reichskanzler eines Präsidialkabinetts zu ernennen.
- 3.12.1932 ■ Stattdessen wird Kurt von Schleicher zum Reichskanzler ernannt.
- 4.1.1933 ■ Treffen Hitlers mit von Papen bei Bankier von Schröder in Köln zur Unterstützung seiner möglichen Kanzlerschaft.
- 5.1.1933 ■ Zusammentreten des Stadtrates Chemnitz nach der Kommunalwahl. Es wurden zwei KPD-Funktionäre zum Vorstand und 1. Stellvertreter des Stadtparlamentes gewählt. Chemnitz war die einzige Großstadt Deutschlands, wo dies der Fall war.
- 25.1.1933 ■ Im Rahmen einer Versammlung des Kampfbundes gegen Faschismus im Dresdner Keglerheim werden bei der gewaltsamen Auflösung der Versammlung durch die Polizei neun Teilnehmer erschossen und elf schwer verletzt.
- 28.1.1933 ■ Reichskanzler von Schleicher tritt zurück.
- 29.1.1933 ■ Hitler versetzt die SA in Alarmbereitschaft.
- 30.1.1933 ■ Reichspräsident von Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler.
- 1.2.1933 ■ Der Reichstag wird absprachegemäß aufgelöst. Neuwahlen werden zum 5.3.1933 ausgeschrieben.
- 2.2.1933 ■ Das Karl-Liebknecht-Haus der KPD in Berlin wird von der Polizei durchsucht.
- 4.2.1933 ■ „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes“. Diese ermöglicht eine starke Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit.

- 7.2.1933 ■ Geheime Tagung des ZK der KPD mit Bezirksfunktionären in Ziegenhals.
- 10.2.1933 ■ Gründung der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ als Zusammenschluss von DNVP, Stahlhelm und „Landbund“ zur Teilnahme an der Reichstagswahl im März 1933.
- 20.2.1933 ■ Treffen Hitlers mit 27 führenden Industriellen und Bankiers mit dem Resultat, dass die neue Regierung, vor allem die NSDAP, eine Spende von 3 Millionen Reichsmark für den laufenden Wahlkampf erhält.
- 21.2.1933 ■ In Sachsen werden alle Demonstrationen der KPD bis auf weiteres verboten.
- 23.2.1933 ■ Verbot homosexueller Verbände und der Pornographie.
- 27.2.1933 ■ Veröffentlichung von Görings „Erlass über die Einberufung und Verwendung von Hilfspolizei“. SA, SS und „Stahlhelm“ können jetzt Polizeifunktionen übertragen werden;
 - In der Nacht brennt der Reichstag. Hitler und die NS-Führung beschuldigen sofort die KPD als Urheber.
- 28.2.1933 ■ Kabinett verabschiedet die als „Reichstagsbrandverordnung“ bezeichnete „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“. Damit werden wichtige Schutzrechte der Verfassung der Weimarer Republik suspendiert. Diese Verordnung bildet bis 1945 eine der wichtigsten juristischen Grundlagen für den NS-Terror;
 - 24 führende Funktionäre der KPD werden mit Haftbefehl gesucht.
- 5.3.1933 ■ Wahl zum 8. Deutschen Reichstag. Die Parteien der neuen Regierung erhalten eine knappe Mehrheit.
- 8.3.1933 ■ Verbot von „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und „Eiserner Front“ sowie Annullierung der 81 Reichstagsmandate der KPD aufgrund der Reichstagsbrandverordnung;
 - Manfred von Killinger, SA-Obergruppenführer, setzt die sächsische Regierung ab;
 - Erste Wilde und Frühe Konzentrationslager entstehen im Reichsgebiet und in Sachsen;
 - Der SA-Sturm 5/100 besetzt die Jugendburg Hohnstein und richtet dort ein Konzentrationslager ein;
 - In das KZ Colditz werden die ersten Funktionäre der SPD eingeliefert und kurzzeitig festgehalten;
 - Öffentliche sowie Gebäude von KPD und SPD werden kurzzeitig durch SA und SS besetzt.

- 9.3.1933 ■ Erste von vier öffentlichen „Abwaschaktionen“ zur Entfernung NS-feindlicher Parolen durch Regime-Gegner auf Geheiß der NSDAP in Chemnitz. Ähnliche Aktionen finden auch in anderen sächsischen Städten statt.
- 10.3.1933 ■ Von Killinger wird zum Reichskommissar von Sachsen ernannt;
■ Schaffung einer Hilfspolizei in Sachsen.
- 13.3.1933 ■ Gründung des Reichspropagandaministeriums mit dem offiziellen Titel „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ unter Leitung von Joseph Goebbels.
- 18.3.1933 ■ Verordnung des Reichspräsidenten zur Beschleunigung des Verfahrens bei Hochverrat und Landesverrat.
- 21.3.1933 ■ Der Reichstag wird ohne die aus Protest fortbleibende SPD in der Potsdamer Garnisonkirche am Grab Friedrich II. eröffnet;
■ VO des Reichspräsidenten zu Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung;
■ VO der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten;
■ VO des Reichspräsidenten über Straffreiheit (vor allem Amnestie für NS-Täter);
■ In das KZ Colditz werden die ersten Häftlinge aus Leipzig und Umgebung eingeliefert (vorher waren dort bereits Häftlinge aus Colditz festgehalten).
- 23.3.1933 ■ Der Reichstag tritt ohne die verhafteten oder untergetauchten Abgeordneten der KPD in der Kroll-Oper in Berlin zusammen;
■ Verabschiedung des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz), das es der Regierung erlaubt, Gesetze ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat in Kraft zu setzen. Als einzige Partei stimmt die SPD gegen das Gesetz.
- 28.3.1933 ■ Reichsgesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe sowie die rückwirkende Anwendung der Notverordnung vom 28.2.1933 (Reichstagsbrandverordnung);
■ Vorbereitende Planungen der NSDAP-Parteileitungen über die Durchführung antisemitischer Maßnahmen;
■ Gründung eines „Landesabwehramtes zur Bekämpfung staatsfeindlicher, insbesondere bolschewistischer Bestrebungen“ beim sächsischen Landeskriminalamt;
■ Erlass LKS 1/33 zur Verhängung von Schutzhaft in den neuen Lagern und Gefängnissen.
- 31.3.1933 ■ Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (Erstes Gleichschaltungsgesetz). Damit werden die Länderparlamente aufgelöst und nach dem Stimmenergebnis der Reichstagswahl im jeweiligen Land neu gebildet.

- 1.4.1933 ■ NSDAP-gesteuerte reichsweite Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte.
- 7.4.1933 ■ Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (sogenanntes Reichsstatthaltergesetz);
■ Sachsens NSDAP-Gauleiter Martin Mutschmann wird von Hitler zum Reichsstatthalter von Sachsen ernannt;
■ „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das es ermöglichte, Juden und politisch Missliebige aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen.
- 10.4.1933 ■ Gesetz über die Einführung eines Feiertages der nationalen Arbeit (1. Mai).
- 13.4.1933 ■ Erste Verhandlung vor dem Sondergericht Freiberg gegen zwölf Funktionäre der KPD wegen Verstoß gegen das Versammlungsverbot;
■ Nach Angaben des LKA Sachsen sind 8.796 Schutzhäftlinge in den Konzentrationslagern. Genaue Gesamtzahlen über den ganzen Zeitraum sind für Sachsen nicht vorhanden.
- 18.4.1933 ■ Verbot der Zeugen Jehovas in Sachsen.
- 19.4.1933 ■ Richtlinie LKS 3/33 zur Regelung für die Unterbringung von Schutzhäftlingen in den Konzentrationslagern.
- 26.4.1933 ■ Gründung des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa) für Preußen.
- 28.4.1933 ■ Das KZ Sachsenburg wird mit Vertrag zwischen Land Sachsen und dem Eigentümer des Geländes errichtet;
■ Verbot weiterer marxistischer Verbände.
- 1.5.1933 ■ 1. Mai-Kundgebungen im gesamten Deutschen Reich. Der Aufruf zur Teilnahme erfolgt durch die NSDAP und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB).
- 2.5.1933 ■ Gewaltsame Auflösung der Gewerkschaften, Besetzung der Gewerkschaftshäuser, Verhaftung von Gewerkschaftsführern, Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens durch SA, SS, Polizei.
- 6.5.1933 ■ Einsetzung einer neuen sächsischen Regierung unter von Killinger als Ministerpräsident.
- 10.5.1933 ■ Bücherverbrennungen, unter anderem in Dresden an der Bismarck-Säule;
■ Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF).
- 16.5.1933 ■ Eröffnungssitzung des sächsischen Parlaments, ohne die Abgeordneten von KPD und SPD.
- 19.5.1933 ■ Gesetz über „Treuhand der Arbeit“; damit sind die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände abgeschafft.

444 *Zeitstrahl: Wichtige politische Ereignisse in Sachsen und im Deutschen Reich 1932 bis 1945*

- 26.5.1933 ■ Gesetz über die Einziehung des kommunistischen (Partei-) Vermögens.
- Mai 1933 ■ Der Parteivorstand der SPD (Sopade) emigriert und nimmt bis 1938 seinen Sitz in Prag.
- 2.6.1933 ■ Erster Lagerappell im KZ Sachsenburg.
- 16.6.1933 ■ Runderlass Görings bezüglich der Schutzhaft- und staatlichen Konzentrationslager;
■ Volkszählung im Deutschen Reich. Erstmals werden auch Juden und Ausländer gesondert erfasst.
- 17.6.1933 ■ Dem neu ernannten Reichsjugendführer Baldur von Schirach werden alle Jugendverbände unterstellt.
- 22.6.1933 ■ Verbot der SPD durch Reichs-Innenminister Frick; damit verbunden ist die Beschlagnahme des Parteivermögens sowie die Verhaftung vieler Funktionäre; Verhaftungen hat es allerdings bereits ab Februar 1933 gegeben.
- 23.6.1933 ■ Verbot der SPD in Sachsen;
■ Der bekannte sächsische KPD-Funktionär Kurt Sindermann wird trotz Untertauchens in Wuppertal verhaftet. Er wird Ende März 1945 im AEL Radeberg von der Gestapo ermordet.
- 5.7.1933 ■ Einrichtung der Staatspolizeileitstelle in Dresden (Gestapo).
- 6.7.1933 ■ Erklärung Hitlers über den Abschluss der „Nationalen Revolution“.
- 11.7.1933 ■ Runderlass von Rudolf Diels, Leiter des Gestapa in Preußen, über das Anlegen von Judenkarteen in Preußen mit der Bitte um Übernahme des Erlasses durch die anderen Länder.
- 14.7.1933 ■ Gesetz gegen die Neubildung der Parteien (Einparteienstaat). Damit waren faktisch alle anderen Parteien verboten;
■ Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft;
■ Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, mit der Möglichkeit von Zwangssterilisationen. Die Entscheidung über Zwangssterilisationen wurde von neu eingerichteten „Erbgesundheitsgerichten“ getroffen;
■ Gesetz über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche;
■ Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.
- 20.7.1933 ■ Abschluss eines Reichskonkordats zwischen Vatikan und Deutschem Reich.
- 11.8.1933 ■ Wahl des nationalsozialistischen deutsch-christlichen Pfarrers Friedrich Coch zum Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen durch die Landessynode (Braune Synode); Beginn der Zuspitzung des Kampfes zwischen Deutschen Christen und der sich herausbildenden Bekennenden Kirche.

- 22.8.1933 ■ Letzte Sitzung des sächsischen Landtages.
- 18./25.9.1933 ■ In diesem Zeitraum werden reichsweit erstmals Zehntausende „Asoziale“ beziehungsweise Wohnungslose kurzzeitig verhaftet.
- 22.9.1933 ■ Reichskulturkammergesetz. Goebbels wird das kulturelle Leben unterstellt.
- 4.10.1933 ■ Schriftleitergesetz; die Presse wird gleichgeschaltet.
- 13.10.1933 ■ Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens, das den Angriff auf Justiz-, Polizei- und NS-Personal sowie die Einfuhr von „hochverräterischen“ Schriften unter Strafen bis zur Todesstrafe stellt.
- 14.10.1933 ■ Auflösung des Sächsischen Landtages.
- 19.10.1933 ■ Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.
- 26.10.1933 ■ „Vossische Zeitung“ veröffentlicht ein von 88 deutschen Schriftstellern unterzeichnetes Treuegelöbnis für Hitler.
- 12.11.1933 ■ Reichstagswahlen im Einparteiensstaat (92% der Stimmen für die NSDAP), gleichzeitig Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund.
- 24.11.1933 ■ „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregelungen der Sicherung und Besserung“. Dieses Gesetz kann auch gegen Bettler, Landstreicher sowie „Asoziale“ angewandt werden.
- 1.12.1933 ■ „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ (unter anderem Verpflichtung zur Rechtshilfe durch die Behörden für NSDAP und SA; Einführung der Parteigerichtsbarkeit).
- 31.12.1933 ■ Beim Polizeipräsidium Leipzig werden vom 1.12.1933 bis Jahresende 5.918 Personen aus politischen Gründen eingeliefert.
- 24.1.1934 ■ Alfred Rosenberg wird Beauftragter für weltanschauliche Schulung der NSDAP und ihrer Organisationen.
- 28.1.1934 ■ Das „Prager Manifest“ des Exilvorstandes der SPD, das zum Sturz der NS-Diktatur aufruft, wird veröffentlicht.
- 30.1.1934 ■ Gesetz über den Neuaufbau des Reiches (Aufhebung der Länderhoheit und weitere Schritte der Gleichschaltung).
- 12.4.1934 ■ Reichsinnenminister Frick erlässt eine reichseinheitliche, am 26.4.1934 ergänzte Regelung zur Schutzhaft.
- 20.4.1934 ■ SS-Chef Heinrich Himmler wird stellvertretender Chef der preußischen Gestapo und ernennt den Chef des SS-Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, zu seinem Vertreter bei der Gestapo.
- 24.4.1934 ■ Einrichtung des neuen Gerichts „Volksgerichtshof“ zur Aburteilung von politischen Sachen in erster und letzter Instanz.
- 21.4.1934 ■ Die Gestapo beziffert den Häftlingsbestand in den drei sächsischen Konzentrationslagern mit 1.409 Personen.

- 29./31.5.1934 ■ Erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche in Barmen, in der sich oppositionelle Kirchenvertreter zusammenschließen.
- 19.6.1934 ■ Gründung des Landesbruderrates der evangelischen Kirche Sachsens als Führung der Bekennenden Kirche in Abgrenzung gegen die „Deutschen Christen“.
- 30.6./2.7.1934 ■ Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ (Röhm war Chef der SA). Sie führt zur Entmachtung der SA. Bis zu 200 Personen aus den Reihen der SA, der Reichswehr wie von Hitler-Gegnern werden dabei ohne Gerichtsurteil durch die SS ermordet. Es ist der erste staatlich angeordnete Massenmord der NS-Geschichte, einen Röhm-Putsch hat es nicht gegeben.
- 4.7.1934 ■ Der SS-Offizier Theodor Eicke wird zum Inspekteur der Konzentrationslager, Chef der SS-Wachverbände und kurz danach zum SS-Gruppenführer ernannt.
- 20.7.1934 ■ Erlass Hitlers über die Erhebung der SS zur selbständigen Parteiorganisation.
- 1.8.1934 ■ Vorauseilendes Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches; die Befugnisse des Reichspräsidenten gehen auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler nach dem Ableben des Reichspräsidenten über.
- 2.8.1934 ■ Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg; Vereidigung der Wehrmacht auf Hitler persönlich.
- 11.8.1934 ■ Spätestens zu diesem Datum wird das KZ Sachsenburg durch die SS übernommen.
- 19.8.1934 ■ Hitler lässt die Vereinigung der Ämter von Reichspräsident und Reichskanzler auf seine Person durch Plebiszit legitimieren (90% Zustimmung).
- 25.8.1934 ■ Das KZ Burg Hohnstein wird aufgelöst.
- 10.12.1934 ■ In Berlin wird die Behörde „Inspektion der Konzentrationslager“ unter Leitung Eickes eingerichtet.
- 30.1.1935 ■ Deutsche Gemeindeordnung. Wahlen zu den Gemeindevertretungen werden abgesetzt, Bürgermeister werden in Zukunft eingesetzt, die kommunale Selbstverwaltung beseitigt.
- 16.3.1935 ■ Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht; es sieht die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht vor.
- 31.3.1935 ■ Mehr als 20 Pfarrer der Bekennenden Kirche in Sachsen werden verhaftet und ins KZ Sachsenburg verbracht.
- 1.4.1935 ■ Sachsen tritt alle Kompetenzen im Bereich Justiz an das Reichsjustizministerium ab.

- April 1935 ■ Einführung einer verschärften Lagerordnung im KZ Sachsenburg.
- 15.5.1935 ■ Gegen das SA-Personal des KZ Hohnstein wird wegen schwerer Misshandlungen der Häftlinge ein Prozess durchgeführt. Hitler amnestiert jedoch gegen Jahresende alle Verurteilten.
- 28.6.1935 ■ Verschärfung der Strafgesetzbestimmung gegen die Homosexualität (§ 175 StGB).
- August 1935 ■ Jüdische Kulturbünde müssen sich im „Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde“ zusammenschließen. Juden ist ab Mitte 1933 nur noch künstlerische Tätigkeit im Rahmen solcher Kulturbünde möglich.
- 15.9.1935 ■ Verabschiedung der antisemitischen „Nürnberger Gesetze“: Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre. Die Kennzeichnung Jude wird als Rassebegriff gesetzlich eingeführt.
- 18.10.1935 ■ Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz).
- 12.12.1935 ■ Himmler gründet den privaten Verein „Lebensborn e.V.“. Hauptaufgabe ist die Unterstützung „rassisch und erbbiologisch wertvoller“ kinderreicher Familien sowie lediger Mütter. Hierzu unterhält der Lebensborn Heime. Das einzige in Sachsen ist das Heim „Sonnenwiese“ in Kohren-Salis, das von 1942 bis 1945 besteht.
- 10.2.1936 ■ Die Gestapo wird eine eigenständige Behörde. Ein Gesetz ermöglicht ihr generell die Gegnerbekämpfung. Ihre Maßnahmen unterliegen fürderhin keinerlei gerichtlichen Nachprüfungen mehr.
- Februar 1936 ■ Heydrich befiehlt die Anlegung einer A-Kartei, die Informationen zu ehemaligen Mitgliedern marxistischer Parteien, Gegnern, Zeugen Jehova und anderen umfasst.
- 1.5.1936 ■ Der sächsische NS-Jurist und Vizepräsident des Reichsgerichts Otto Georg Thierack wird Präsident des Volksgerichtshofs.
- 4.6.1936 ■ Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung (Bekennende Kirche) an Hitler mit massiver Kritik an Antisemitismus, den Konzentrationslagern, der mangelnden Rechtsstaatlichkeit sowie an der Kirchenpolitik des Staates, am 23.8.1936 von den Kanzeln verlesen.
- 6.6.1936 ■ Erlass von Reichsinnenminister Frick zur „Bekämpfung der Zigeunerfrage“.
- August 1936 ■ Gründung der „Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle“ beim Reichsgesundheitsministerium. Aufgabe der Stelle ist die pseudowissenschaftliche rassenmäßige Erfassung von Sinti und Roma.

- 9.9.1936 ■ Verkündung des Vierjahrplanes auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP. Hierzu wird unter Leitung Görings eine eigene Behörde geschaffen. Die beiden nicht-öffentlich verkündeten Hauptziele sind: Kriegsfähigkeit der Wehrmacht in vier Jahren, Kriegsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in vier Jahren.
- 10.10.1936 ■ Gründung der „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“ durch Himmler als Chef der deutschen Polizei.
- 23.11.1936 ■ Friedensnobelpreis für den KZ-Häftling Carl von Ossietzky.
- 21.12.1936 ■ „Zigeuner-Razzia“ in Sachsen (Überprüfung Ausweise).
- 18.3.1937 ■ Verbot der DOMOWINA, der Dachorganisation der Sorben.
- 21.3.1937 ■ Die Enzyklika von Papst Pius XI „Mit brennender Sorge“ wird in allen katholischen Kirchen verlesen. Darin wird die Bedrückung der katholischen Kirche sowie die Rassen- und Volkslehre der Nationalsozialisten kritisiert und verdammt.
- 12.7.1937 ■ KZ Sachsenburg wird als letztes Frühes Konzentrationslager in Sachsen geschlossen und sukzessive innerhalb der nächsten zwei Monate aufgelöst.
- 31.12.1937 ■ Im gesamten Jahr 1937 sind in Sachsen 1.500 Zeugen Jehova aus politischen Gründen verhaftet worden.
- 13.3.1938 ■ Anschluss Österreichs auf ultimative Forderungen Hitlers hin und Einmarsch der Wehrmacht.
- 10.4.1938 ■ Hitler erhält für dieses Vorgehen in der anschließenden Volksabstimmung am 10.4.1938 (praktisch ohne geheime Wahlmöglichkeit) eine fast 100% große Zustimmung.
- 26.4.1938 ■ Beginn der systematischen „Arisierung“ von jüdischen Unternehmen (das heißt systematische Enteignung und Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz).
- April 1938 ■ Anordnung des sächsischen Innenministeriums zur Ausgabe von Sonderkost (reduzierte Kost) bei arbeitsunfähigen Insassen in allen Heil- und Pflegeanstalten.
- April–Juni 1938 ■ „Aktion Arbeitsscheu Reich“. Im Rahmen dieser Verhaftungsaktion werden circa 10.000 Männer (unter anderem „Asoziale“, Sinti und Roma) zum Arbeitseinsatz in die Konzentrationslager eingewiesen.
- 6.6.1938 ■ Internationale Konferenz in Evian, auf der geklärt werden soll, welche Länder zur Aufnahme von aus Deutschland verdrängten Juden bereit sind. Die Konferenz scheitert Ende 1938.
- 20.8.1938 ■ In Wien wird eine „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ eingerichtet, die Adolf Eichmann leitet. Diese bildet die Keimzelle für spätere weitere Stellen zur Koordinierung der erzwungenen Auswanderungen sowie schließlich zur Durchführung des Holocaust.

- 30.9.1938 ■ Münchner Abkommen. Großbritannien und Frankreich sowie Italien gestatten Hitler ohne Beteiligung der tschechoslowakischen Regierung die Annexion der sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei und deren Eingliederung in das Deutsche Reich, nachdem Hitler mit Krieg gegen die Tschechoslowakei gedroht hat. Gleichzeitig garantieren sie die neuen Grenzen der verkleinerten Tschechoslowakei.
- 1.10.1938 ■ Die Wehrmacht besetzt von Sachsen, Bayern und Österreich aus das Sudetenland.
- 28./29.10.1938 ■ Polen-Aktion. Circa 17.000 polnische in Deutschland lebende Juden werden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion verhaftet und zwangsweise über die deutsch-polnische Grenze abgeschoben, unter ihnen gut 2.800 aus Sachsen.
- 9./10.11.1938 ■ Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung;
■ Zerstörung von Synagogen;
■ Beschädigung und Zerstörung von Tausenden jüdischen Geschäften;
■ Mehrwöchige Verhaftung von gut 30.000 Juden im ganzen Reich, geplant und durchgeführt von SS und Gestapo;
■ In Sachsen sind circa 50 Orte von diesen Ereignissen betroffen. Die Zerstörung von Synagogen und Geschäften ist damals in das Gedächtnis der Bevölkerung als „Reichskristallnacht“ (wegen der Glasschäden auf den Bürgersteigen, somit kein NS-offizieller Ausdruck) eingegangen. Alle Pogromaktionen gehen auf zentrale Steuerungen der NS-Leitungen zurück und werden von Mitgliedern ihrer Gliederungen ausgeführt.
- 12.11.1938 ■ Beratung Görings mit Vertretern verschiedener Ministerien und NS-Organisationen zur weiteren Entrechtung der Juden;
■ Verordnung Görings über die „Sühnezahlung“ der deutschen Juden für die Pogrome in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark;
■ Verordnung Görings über die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft. Dies leitet die letzte Phase der „Arisierung“ ein.
- 15.11.1938 ■ Generelles Verbot für jüdische Kinder, öffentliche Schulen zu besuchen.
- 3.12.1938 ■ Verordnung über die endgültige Einschränkung zur Nutzung jüdischen Vermögens.
- 8.12.1938 ■ Runderlass Himmlers zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“.
- 30.1.1939 ■ Drohung Hitlers vor dem Reichstag, ein neuer Krieg werde nicht den Untergang Deutschlands, sondern die Vernichtung der Juden bedeuten.

- 11.2.1939 ■ Einrichtung einer „Reichszentral für jüdische Auswanderung“ in Berlin, ab Herbst geleitet von Adolf Eichmann.
- 16.3.1939 ■ Militärische Zerschlagung der „Resttschechei“ und Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“.
- 25.3.1939 ■ Einführung der HJ-Dienstpflicht aller Jugendlichen von zehn bis 18 Jahren.
- 30.4.1939 ■ Einrichtung von „Judenhäusern“, in die nach und nach alle Juden eines Ortes ziehen müssen;
■ Lockerung des Mieterschutzes für Juden, so dass Juden praktisch ohne Einschränkung die Wohnung gekündigt werden kann.
- 17.5.1939 ■ Volkszählung. Nunmehr werden Juden auf der Grundlage der Nürnberger Rassegesetze erfasst. Dies schafft die Grundlage für eine Reichskartei der deutschen Juden, die die Aktengrundlage für zukünftige Deportationen bildet.
- 18.8.1939 ■ Bildung des „Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“. Behinderte Kinder sind diesem Ausschuss zu melden. Diese Maßnahme bildet den Beginn der sogenannten Kinder-Euthanasie.
- 23.8.1939 ■ Unterzeichnung des Nichtangriffs-Vertrages Deutschland – UdSSR sowie des geheimen Zusatzprotokolls (Aufteilung Osteuropas und Polens in Einflusszonen). Beides ist eine zentrale Voraussetzung für den kurz bevorstehenden Krieg Deutschlands gegen Polen.
- 1.9.1939 ■ Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem deutschen Überfall auf Polen;
■ Verbot des Hörens von Auslandssendern.
- 3.9.1939 ■ Großbritannien und Frankreich erklären im Rahmen ihrer Beistandsverpflichtungen für Polen dem Deutschen Reich den Krieg, nachdem Hitler sich weigert, die deutschen Truppen aus Polen abzuziehen.
- 4.9.1939 ■ Arbeitsdienstpflicht für Mädchen.
- 17.9.1939 ■ Besetzung Ostpolens durch sowjetische Truppen bis zur gemäß geheimen Zusatzprotokoll vom 23.8.1939 definierten Grenze.
- 27.9.1939 ■ Schaffung der neuen Behörde Reichssicherheitshauptamt unter Reinhard Heydrich.
- Oktober 1939 ■ Mitte Oktober 1939 erstellte und auf den 1.9.1939 rückdatierte Ermächtigung Hitlers an zwei Vertraute, den Krankenmord an Insassen der Heil- und Pflegeanstalten zu organisieren (Erwachsenen-Euthanasie).
- 4.10.1939 ■ Die Gestapo kann den Zeitraum für vorläufige Festnahmen von zehn Tagen auf 21 Tage erweitern.

- 12./17.10.1939 ■ Erste Judendeportationen aus der Ostmark (Österreich) sowie dem Protektorat Böhmen und Mähren, dem nur wenige weitere 1940/Anfang 1941 folgten; die Hauptphase der Deportationen aus dem Reich beginnt im Herbst 1941.
- 17.10.1939 ■ Festsetzungserlass Himmlers. Sinti und Roma wird das Verlassen des Wohnortes verboten.
- 28.10.1939 ■ Einrichtung eines ersten Ghettos in Petrikau im Generalgouvernement.
- 21.2.1940 ■ Verordnung für Straf- und Sondergerichte. Nunmehr ist bei jedem Oberlandesgerichtsbezirk erlaubt, mehrere Sondergerichte einzurichten. In Sachsen gibt es in der Kriegszeit sechs Sondergerichte.
- 8.3.1940 ■ Richtlinie von Vierjahrplanbehörde und RSHA zur Behandlung von Polen im Reichsgebiet.
- 15.5.1940 ■ Denkschrift Himmlers „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“, nach der nach Kriegsende auch die Deportation der Sorben vorgesehen ist.
- 28.6.1940 ■ Die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein nimmt im Rahmen der T4-Euthanasiemorde an Kranken und Behinderten ihre Arbeit auf. Insgesamt werden dort in dieser Aktion sowie der Sonderaktion „14 f13“ knapp 14.750 Menschen ermordet.
- 3.7.1940 ■ Ein Plan des Auswärtigen Amtes sieht vor, deutsche und westeuropäische Juden nach Madagaskar abzuschicken.
- 12.7.1940 ■ Einführung des „Rosa Winkels“ für die Homosexuellen in den Konzentrationslagern.
- 28.5.1941 ■ Himmler genehmigt offiziell die Einrichtung von Arbeitserziehungslagern bei der Gestapo. Freilich gibt es solche Lager bereits seit 1940.
- Mai 1941 ■ Im sächsisch-provinzsächsischen Gebiet in der Grenzschutzpolizeischule Pretzsch und in Bad Schmiedeberg und Bad Düben werden vier Einsatzgruppen gebildet und ausgebildet, die für Säuberungen und den Judenmord in der Sowjetunion vorgesehen sind.
- 22.6.1941 ■ Militärischer Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion. Beginn des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion.
- 15.7.1941 ■ Das Reichskommissariat für die Festigung des Deutschtums (Leitung: Himmler) erstellt eine erste Version des „Generalplanes Ost“, dem noch mehrere folgen sollten. Kernziel sind Planungen zur Besiedlung der erwarteten riesigen Räume im Osten durch Deutsche sowie Planungen, Dutzende von Millionen aus der vorhandenen slawischen und jüdischen Bevölkerung zu deportieren, wohin bleibt unklar. In jedem Fall hätte eine Besiedlung der Räume die Dezimie-

- rung der slawischen Bevölkerung nach sich gezogen. Prinzipiell ist die Umsetzung der Pläne erst für die Zeit nach dem Kriegsende vorgesehen, jedoch werden kleinere Teile bereits im Krieg umgesetzt.
- 3.8.1941 ■ Kardinal Clemens August Graf von Galen protestiert erstmals öffentlich in einer Predigt gegen die unter der NS-Devise der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ stattfindenden Euthanasie-Morde (zwei vorherige Predigten richteten sich gegen die rechtswidrige Bedrückung der Kirche).
- 26./29.8.1941 ■ Massaker in Kamenez-Podolsk an circa 23.600 Juden.
- 19.9.1941 ■ Einführung des obligatorischen Judensterns im Deutschen Reich.
- 29./30.9.1941 ■ Massaker in Kiew in der Schlucht Babi Jar mit etwa 34.000 jüdischen Opfern.
- 15.10.1941 ■ Erste Judendeportation aus dem Reichsgebiet nach Lodz (Litzmannstadt) nach dem Überfall auf die UdSSR.
- 25.11.1941 ■ 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Jeder Jude hat bei Verlassen des Reiches seinen Besitz abzugeben und verliert seine deutsche Staatsbürgerschaft. Die VO ist die Grundlage zur Ausraubung der Juden, die in den Osten deportiert werden.
- 4.12.1941 ■ Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden. Sie sieht für beide Gruppen schwerste Strafen bis zur Todesstrafe bei deutschfeindlicher Gesinnung vor.
- 8.12.1941 ■ Als erstes Vernichtungslager wird das Lager Kulmhof/Chelmnö im Reichsgau Wartheland eröffnet und beginnt mit der Vernichtung von Juden mittels Gaswagen beziehungsweise -kammern. Diesem Lager folgen in schneller Folge die Vernichtungslager Auschwitz, Sobibor, Majdanek, Belzec und Treblinka ebenfalls im besetzten Polen. In den kleineren Vernichtungslagern Maly Trostenez und Bronnaja Gora in Weißrussland werden die Opfer zumeist erschossen.
- 11.12.1941 ■ Deutsche Kriegserklärung an die USA.
- 18.12.1941 ■ Nach Himmlers Worten sind „Juden als Partisanen auszurotten“, hiermit Anweisungen Hitlers wiedergebend.
- Ende 1941 ■ Entscheidung zur „Endlösung“ (Holocaust) durch die NS-Spitze (genaues Datum nicht bekannt).
- 20.1.1942 ■ Wannseekonferenz, auf der die Koordinierung der „Endlösung“ der Judenfrage zwischen verschiedenen Institutionen besprochen wird.
- 21.1.1942 ■ Erste Deportation sächsischer Juden in den Osten.
- 2.2.1942 ■ Erlass des RSHA zur Behandlung von „Ostarbeitern“.
- 30.4.1942 ■ Arbeitseinsatz von Häftlingen erhält Priorität für die KZ-Häftlinge.
- 21.5.1942 ■ Ein Erlass des RSHA legt das Ghetto Theresienstadt als „Altersghetto“ der deutschen Juden fest.

- 1.7.1942 ■ Erste Deportation älterer sächsischer Juden ins Ghetto Theresienstadt.
- 20.8.1942 ■ Der fanatische NS-Jurist Roland Freisler wird Präsident des Volksgerichtshofs.
- 15.9.1942 ■ Das SS-WVHA vereinbart mit der Rüstungsindustrie den massenhaften Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsproduktion.
- 18.9.1942 ■ Himmler und Reichsjustizminister Thierack verständigen sich auf ein Programm zur „Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit“.
- 16.12.1942 ■ Erlasse Himmlers, praktisch alle greifbaren Sinti und Roma Europas in den Osten zu deportieren. Dies betrifft auch die sächsischen Sinti und Roma.
- 31.01./2.2.1943 ■ Sieg der Roten Armee bei Stalingrad über die 6. Armee der Wehrmacht und Truppenverbände der deutschen Verbündeten.
- 2./3.3.1943 ■ Räumung des Dresdner Lagers Hellerberg und Deportation der dortigen Juden nach Auschwitz.
- 2.4.1943 ■ Erlass des Reichsminister des Innern über die Anordnung zur Altpapiersammlung in den Dienststellen der Schutzpolizei. Unter anderem waren abzugeben: Einsatz- und Tagesbefehle bis einschließlich 1942, Tätigkeitsberichte (Tagebücher), Ein- und Abgangsbücher, Anzeigebücher, Abstrafungsbücher bis einschließlich 1940. Dieser Erlass ist neben gezielten Aktenvernichtungen gegen Ende des Krieges sowie Bombenverlusten Hauptgrund für fehlende Aktenüberlieferungen gerade bei den Polizei- und Terrororganen.
- 12./13.7.1943 ■ Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ aus kriegsgefangenen deutschen Soldaten, Offizieren und Generälen nahe Moskau.
- 4./6.10.1943 ■ Himmler benennt in zwei Reden erstmals in offener und nicht verschleiender Weise den Judenmord in zwei geschlossenen Veranstaltung in Posen vor einer großen Anzahl von SS-Offizieren sowie NS-Gau- und Reichsleitern und rühmt ihn als „Heldentat“.
- 17.6.1944 ■ Himmler befiehlt den Fall A: Bei Herannahen feindlicher Truppen Auflösung oder Verteidigung der Konzentrationslager. Es ist strittig, ob damit auch bereits ein genereller Befehl Himmlers verbunden ist, kein Häftling dürfe lebend in die Hände des Feindes fallen.
- 28.6.1944 ■ Das Arbeitserziehungslager Radeberg ist zur Aufnahme von Häftlingen vorbereitet.
- 20.7.1944 ■ Attentat auf Hitler.
- 23.7.1944 ■ Sowjetische Truppen erreichen als erstes NS-Konzentrations- und Vernichtungslager das Lager Majdanek (offiziell KL Lublin).

454 *Zeitstrahl: Wichtige politische Ereignisse in Sachsen und im Deutschen Reich 1932 bis 1945*

- August 1944 ■ Erste Polizeigefangene (der Gestapo) werden im AEL Radeberg untergebracht.
- 2./3.8.1944 ■ Ermordung von knapp 3.000 Sinti und Roma in den Gaskammern von Auschwitz, darunter auch die 1943 deportierten sächsischen Sinti und Roma. Insgesamt sterben in Auschwitz circa 21.000 Sinti und Roma.
- 22./23.8.1944 ■ Aktion Gitter (auch Aktion Gewitter): Verhaftungswelle von ehemaligen Mandatsträgern und Funktionären der 1933 verbotenen deutscher Parteien.
- Mitte 1944 ■ Einrichtung von Dutzenden KZ-Außenlagern bei den sächsischen Rüstungsbetrieben.
- 1.11.1944 ■ Himmler ermächtigt die Gestapo, ohne Vorliegen eines Gerichtsurteils nach seiner vorherigen Genehmigung öffentliche Hinrichtungen durchzuführen.
- 11./12.1.1945 ■ Mitglieder der kommunistischen Widerstandgruppe um Georg Schumann werden im Gefängnis Münchner Platz hingerichtet.
- 12.1.1945 ■ Die Rote Armee startet ihre Winteroffensive, die sie innerhalb dreier Monate tief in das Reichsgebiet führt.
- 18.1.1945 ■ Beginn der Auflösung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz.
- 27.1.1945 ■ Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee.
- Januar/Februar 1945 ■ Erste Welle von Todesmärschen und Bahntransporten mit KZ-Häftlingen über das sächsische Territorium.
- 5.2.1945 ■ 1.200 Juden werden aus dem Ghetto Theresienstadt in die Schweiz evakuiert; im April folgen andere Aktionen zur Rettung skandinavischer Juden.
- 6.2.1945 ■ Der Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, ermächtigt die Stapo-Leitstellen, Hinrichtungen von Ausländern in eigener Regie ohne Gerichtsurteil durchzuführen.
- 12./13.2.1945 ■ Bombardierung von Dresden mit circa 20.000 Toten (Einwohner, Flüchtlinge, ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge). In der Folgezeit werden auch noch die Städte Chemnitz, Leipzig, Plauen und andere schweren Bombardements ausgesetzt.
- 14.2.1945 ■ Letzte Deportation von Juden aus Leipzig und Chemnitz nach Theresienstadt; der geplante Dresdner Transport am 16.2.1945 kann wegen der Bombenschäden nicht durchgeführt werden.
- 15.2.1945 ■ Reichsjustizminister Thierack erlaubt die Einrichtung ziviler Standgerichte.
- Februar/März 1945 ■ Himmler führt ohne Wissens Hitlers Geheimgespräche, um mit den Westmächten einen Separatfrieden zu erreichen.

- 7.4.1945 ■ Räumung des KZ Buchenwald mit zahlreichen Opfern.
- 12.4.1945 ■ In Leipzig-Lindental werden 52 Polizeigefangene von Gestapo und SS ermordet.
- 14.4.1945 ■ Übermittlung von Himmlers Befehl, kein Häftling dürfe lebend in die Hände des Feindes geraten, an das KZ Flossenbürg.
- 15.4.1945 ■ Räumung des KZ Flossenbürg mit zahlreichen Opfern.
- Mitte April 1945 ■ Zweite Welle von Todesmärschen/Todestransporten mit KZ-Häftlingen der aufgelösten Außenlager der KZ Buchenwald, Flossenbürg, Groß-Rosen und Sachsenhausen in Richtung der Hauptlager beziehungsweise des Protektorats Böhmen und Mähren.
- 29.4.1945 ■ Hitler verpflichtet in seinem Testament seine Nachfolger zur weiteren strengen Beachtung der Rassenfrage sowie zum Kampf gegen die Juden.
- 30.4.1945 ■ Selbstmord Adolf Hitlers im Bunker unter der Reichskanzlei.
- 8.5.1945 ■ Die Rote Armee erreicht das Ghetto Theresienstadt.
- 8./9.5.1945 ■ Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde in Reims beziehungsweise Berlin durch die Wehrmachtführung.
- 11.8.1945 ■ Schreiben der Landesverwaltung Sachsens an alle Bürgermeister, Nachforschungen nach Opfern der Todesmärsche anzustellen.
- 28.9.1945 ■ Vom Volksgericht Sachsen werden fünf Gestapo- und Polizeiangehörige wegen ihrer Tätigkeit im AEL Radeberg verurteilt, davon zwei zum Tode. Es ist das erste deutsche Nachkriegsverfahren wegen NS-Verbrechen.
- 29.9.1945 ■ Der erste Tag der Opfer des Faschismus wird in Sachsen begangen.